Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937
1922

318 (17.11.1922) Erstes Blatt

Visual Library

Bezugspreis
in Karlsruhe: in unserer Geschäftsstelle und in unseren Ausgabestellen abgeholt monatlich ℳ 250.—, frei Haus geliefert monatlich ℳ 270.—; auswärts: durch unsere Agenturen bezogen ℳ 270.—; durch die Post einschl. Zustellungsgebühr ℳ 270.— monatlich.
Einzelverkauf: bis 4 Seiten ℳ 8.—, über 4 Seiten ℳ 10.—.

Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle Ritterstr. 1.

Karlsruher Tagblatt

Anzeigen:
die 9gesp. Nonpareillezeile oder deren Raum ℳ 33.—; auswärts ℳ 42.—; Familienanzeigen u. Stellengesuche ℳ 20.—; Reklamezeile ℳ 120.—; an erster Stelle ℳ 150.—. Rabatt nach Tarif. Anzeig.-Annahme b. 8 Uhr mittags; kleinere Anzeigen spätestens bis 6 Uhr nachm. Postscheckkonto Nr. 9547 Karlsruhe. Fernsprechanschlüsse: Geschäftsstelle Nr. 203. Verlag Nr. 21 und 297. Schriftleitung Nr. 20. Hauptschriftleiter Nr. 19.

Badische Morgenzeitung — Mit der Wochenschrift „Die Pyramide" — Badische Morgenpost

„Wirtschafts- und Handelszeitung" / „Turn- und Sport-Zeitung" / „Unterhaltungsbeilage" / „Literaturbeilage" / „Für die Frauen" / „Wandern und Reisen" / „Die Scholle"

Chefredakteur: Hermann v. Laer. Verantwortlich für Politik: Fritz Ehrhard; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für das Feuilleton: Hermann Weick; für die „Pyramide" Karl Joho; für Inserate: Heinrich Schriever, sämtliche in Karlsruhe. Druck und Verlag C. F. Müller, Karlsruhe, Ritterstr. 1. Berliner Redaktion Dr. Richard Jügler, Berlin-Lankwitz, Mozartstr. 37. Telephon-Zentrum 423. Für unverlangte Manuskripte oder Drucksachen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist. Sprechstunde der Redaktion: 11—12 Uhr vormittags.

119. Jahrg. — Freitag, den 17. November 1922 — Nr. 318.

Der neue Reichskanzler.

Der Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie Geh. Rat Dr. Cuno.

Direktor Cuno mit der Regierungsbildung beauftragt.

Berlin, 16. Nov. (Drahtber.) Wie die „Zeit" erfährt, hat Generaldirektor Cuno von der Hamburg-Amerika-Linie den Auftrag des Reichspräsidenten, das neue Reichskabinett zu bilden, angenommen.

*

Geh. Rat Dr. Cuno steht im 47. Lebensjahre. Er gehörte der preußischen Staatsverwaltung als Oberregierungsrat an. Zu Anfang des Krieges war er vortragender Rat im Finanzministerium, wurde dann Leiter der Reichsgetreidestelle und stand später in leitender Stellung bei der Organisation des Kriegsernährungsamtes. Im Jahre 1916 wurde ihm im Reichsschatzamt das Hauptreferat für kriegswirtschaftliche Fragen übertragen. Im Winter 1917 verließ Dr. Cuno den Reichsdienst und trat in den Vorstand der Hamburg-Amerika-Linie ein. Nach dem Tode Ballins wurde er Generaldirektor. Als im März 1920 nach dem Rücktritt Erzbergers für diesen ein Nachfolger gesucht wurde, bot man Dr. Cuno den Posten des Reichsfinanzministers an. Geh. Rat Cuno erklärte sich damals auch zur Uebernahme bereit, machte jedoch zur Bedingung, daß die Mehrheitsparteien geschlossen hinter ihn treten müßten. Er war vorher Mitglied der Deutschen Volkspartei und erst wegen des Kapp-Putsches aus dieser wegen der unentschiedenen Haltung der Hamburger Ortsgruppe gegenüber Kapp ausgetreten. Für den Ministerposten präsentierte ihn damals das Zentrum. Jedoch hat es schon vor dem Kapp-Putsch mit ihm verhandelt, da das Finanzministerium einem ausgesprochenen Fachmanne anvertraut werden sollte. In der kritischen Zeit nach dem Kapp-Putsch nahm die Sozialdemokratie Anstand an der zu weit nach rechts geneigten politischen Stellung Cunos, und er lehnte daraufhin die Berufung ab. Finanzminister wurde dann an seiner Stelle der damalige badische Finanzminister Dr. Wirth.

*

T. Von unserer Berliner Redaktion wird uns gedrahtet:

Die Passivität der schuldbewußten Sozialdemokratie und die verständliche Verstimmung der bürgerlichen Parteien über den sozialdemokratischen Vorstoß gegen die Reichsregierung veranlaßten den Reichspräsidenten Ebert aus eigener Initiative und ohne die Parteien zu Meinungsäußerungen aufgefordert zu haben, den Reichskanzler zu wählen, der nach seiner Meinung zur Führung der Reichsgeschäfte in diesen schwierigen Zeiten geeignet sei. Seine Wahl, die sich hauptsächlich von dem Gesichtspunkte leiten ließ, einen unpolitischen Mann von internationalem Namen zu finden ist nun auf den Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, Geh.-Rat Cuno gefallen. Es ist erfreulich, daß Cuno den Auftrag zur Bildung des neuen Kabinetts angenommen hat. Geh.-Rat Cuno, der als Katholik Beziehungen zum Zentrum unterhält und als einer der hervorragendsten Wirtschaftler der Deutschen Volkspartei nahesteht, dürfte der geeignetste sein, eine Regierung über den Parteien zu bilden.

Wie wir hören, hat Geh.Rat Cuno sofort nach Uebernahme des Auftrages sich mit den beiden Flügelparteien der hoffentlich entstehenden großen Koalition in Verbindung gesetzt. Er konferierte zuerst mit Stresemann, dann mit Müller-Franken. Später bat er auch den Zentrumsführer Marx zu sich. Es steht schon jetzt fest, daß es für Cunos Kabinett keine andere Möglichkeit, als die der fünf Mittelparteien geben kann. Das Programm Cunos deckt sich mit dem, was die Note an die Reparationskommission vom Montag dieser Woche darstellt. Für die Tatsache, daß Geh.-Rat Cuno die Dinge sich langsam ausreifen läßt und nichts überstürzen will, spricht es, daß Cuno gestern abend noch nach Hamburg fuhr, um dort seine Verpflichtungen der Hapag gegenüber abzuwickeln und heute abend zunächst wieder nach Berlin zurückkehrt.

Ueber die Besetzung des Kabinetts besteht noch Unbestimmtheit. Bis jetzt wird nur der frühere bayerische Handelsminister Hamm als zukünftiger Chef der Reichskanzlei genannt. Schwierigkeiten für die Kabinettsbildung können sich vielleicht daraus ergeben, daß die Sozialdemokratie sich dem Reichskanzler Dr. Wirth gegenüber bekanntlich dahin festgelegt hat, sie sei nicht willens, mit der Deutschen Volkspartei eine Regierung zu bilden. Es wird der Geschicklichkeit Cunos überlassen bleiben müssen, derartige Hemmungen zu überwinden. Die Lage wird in parlamentarischen Kreisen im allgemeinen nicht als ungünstig beurteilt. Es ist charakteristisch, daß Cuno selbständig mit den Persönlichkeiten verhandelt, die er für zuständig hält, und daß er sich nicht erst von den Fraktionen die Billigung für diese Verhandlungen einholt. Er hat auch kund getan, daß seine Regierung keine Regierung der sogenannten Persönlichkeiten, sondern eine Regierung der Arbeit sein soll. Gestern abend hat Geh. Rat Cuno vor seiner Abreise nach Hamburg noch mit den Demokraten die Lage besprochen.

Die parlamentarische Erklärung der neuen Regierung wird, falls sie zustande kommt, nicht vor Dienstag nächster Woche erfolgen. In diesem Sinne wenigstens hat Cuno mit dem Präsidenten des Reichstags, Herrn Löbe, über die Geschäftslage verhandelt.

Die Haltung der Deutschnationalen.

Berlin, 16. Nov. „Kreuzzeitung" stellt für den Fall der Bildung eines Kabinetts ohne Sozialdemokraten die Mitarbeit der Deutschnationalen Volkspartei in Aussicht.

Die Haltung der Volkspartei.

Berlin, 16. Nov. Ueber die Stellung der Deutschen Volkspartei, teilt das Parteiblatt die „Zeit" mit: In der Fraktion werde vorwiegend die Meinung vertreten, daß ein Kabinett der Arbeitsgemeinschaft wohl die glücklichste Lösung der Regierungskrise sei, da es die Möglichkeit biete, alle Kräfte einheitlich zusammenzufassen und einzusetzen. Diese Notwendigkeit liege vor allen Dingen bei der Besetzung des Ministeriums des Aeußern, des Wirtschafts- und des Finanzministeriums vor. Unter diesen Umständen habe man auch die allergrößten Bedenken gegen eine etwaige Zurückberufung des bisherigen Reichswirtschaftsministers auf diesen Posten. Die Leitung dieses Ministeriums müsse ebenso wie die des Verkehrs- und Postministeriums in kaufmännische Hände gelegt werden. Wie das Blatt weiter schreibt, scheine bei der zunächst beabsichtigten Bildung eines Kabinetts der Persönlichkeiten geplant zu sein, die in der letzten Reparationsnote niedergelegten Leitsätze als programmatische Grundsätze zu nehmen.

Keine Wirkung der Regierungskrise im Reich auf Preußen.

Berlin, 16. Nov. Von volksparteilicher Seite wird laut „Berl. Lok.-Anz." die Korrespondenznachricht über einen Antrag, im Falle des Nichtzustandekommens der großen Koalition auch für den preußischen Landtag die Konsequenzen zu ziehen, als falsch bezeichnet.

Englische Urteile über Wirths Rücktritt.

London, 16. Nov. (Drahtber.) „Daily News" schreiben, daß die letzte deutsche Reparationsnote Vorschläge enthalte, die trotz der überstürzten französischen Kritik auf jeden Fall die Grundlage für Erörterungen böte. — Die „Times" meinen, die Unruhen in Düsseldorf und Köln seien sympthomatisch. Mit seinem verspäteten Versuch, ein Ministerium des Wiederaufbaues zu bilden, habe Wirth zugegeben, daß heute in Deutschland die wirtschaftlichen Tatsachen beherrschend seien. Wenn die Sozialdemokratie und die Deutsche Volkspartei, die die wichtigsten Kräfte in Deutschland vertreten, ihre Energie vereinigten oder ein Kompromiß schließen könnten im Hinblick auf den Versuch, den wirtschaftlichen Zusammenbruch abzuwenden, so könnte es Deutschland möglich sein, die augenblickliche Krise abzuwenden und eine Regierung zu bilden, die auf jeden Fall das Land durch die Schwierigkeiten des Winters führen werde.

London, 16. Nov. Die „Times" bespricht den Rücktritt des Kabinetts Wirth. Das Blatt bezeichnet den Rücktritt als natürlich. Die Industriellen seien heute in Deutschland die stärkste Macht. Die letzten Erörterungen über die Reparationen in Berlin hätten gezeigt, daß eine Regierung, die die Vertreter der deutschen Industrie und Finanz ausschließe, keine ernstlichen Vorschläge machen und keine Verpflichtungen mit irgend welcher Aussicht, sie durchzuführen, übernehmen könne. Die kräftigen Maßnahmen, die Deutschland brauche, wenn es seine Finanzlage wieder herstellen und mit Erfüllung seiner internationalen Verpflichtungen beginnen wolle, könnten nur durch eine starke Regierung getroffen werden. Wirth sei schwach und sein Rücktritt sei unvermeidlich gewesen. Die dadurch geschaffene Lage sei jedoch ernst.

Die letzte Hoffnung sei, daß die Regierungsverantwortung bald auf die gelegt werde, die die Kräfte hätten, sie zu tragen, und die dann allerdings alle politischen und wirtschaftlichen Hilfsmittel mobilisieren müßten, um eine gesunde Finanzwirtschaft herzustellen und berechtigte Schuldforderungen zu bezahlen. Die Alliierten hätten seit langem die Notwendigkeit empfunden, mit dem wirklichen Deutschland zu verhandeln und nicht mit einer Schattenregierung.

Das Programm des 13. Nov.

Berlin, 16. Nov. (Drahtber.) Wie den Zeitungen von amtlicher Seite mitgeteilt wird, liegt kein Anhaltspunkt vor, daß die Reparationskommission die deutsche Note vom 13. November durch den Rücktritt der Regierung in ihrer Bedeutung als beeinträchtigt sehe. Die Note wurde mit den Führern aller Parteien von der Deutschen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie, die voraussichtlich für die Bildung der künftigen Regierung in Frage kommen könnten, ausführlich besprochen. Jede kommende Regierung muß hinter dem in der Note enthaltenen Programm bezüglich des Stabilisierungsprogrammes stehen.

*

Paris, 16. Nov. (Drahtber.) Die „Ere Nouvelle" berichtet, die Reparationskommission habe gestern im Laufe einer kurzen offiziösen Sitzung beschlossen, sich mit den deutschen Vorschlägen solange nicht zu beschäftigen, als das neue Ministerium in Berlin gebildet sei.

Londoner Meinung über den Plan zur Festigung der Mark.

London, 16. Nov. Der Finanzredakteur der „Times" schreibt, der Plan der deutschen Regierung für die Stabilisierung der Mark enthalte gewisse Vorschläge, die ihn wahrscheinlich in seiner jetzigen Gestalt für die Alliierten unannehmbar machen. Die Vorschläge bedeuteten jedoch einen beträchtlichen Fortschritt gegenüber allen andern Schritten, die von der deutschen Regierung zur Lösung der Währungsfrage bisher unternommen worden seien; sie seien die erste praktische Anstrengung, die Deutschland mache, um die Wiederherstellung seiner Finanzen zu fördern. Nach Ansicht des Finanzredakteurs bestehen zwei Haupteinwände gegen den Plan: erstens, daß der Plan von einem Moratorium für einen festen Zeitraum von drei bis vier Jahren abhänge. Die Sachverständigen hätten mindestens zwei Jahre vorgeschlagen. Wenn die Alliierten Deutschland ein Moratorium für einen endgültig festgesetzten Zeitraum gewährten — welche Garantien hätten sie dann, daß Deutschland seinen Stabilisierungsplan wirksam durchführen werde?! Der Zeitraum des Moratoriums müsse dem Belieben der internationalen Ueberwachungskommission überlassen werden, die sich in Berlin befinden müsse und die die deutschen Finanzen unter dauernder Beobachtung zu halten hätte. Die Gültigkeit des Moratoriums aufzuheben, würde für die Alliierten die einzige Garantie für die Erfüllung sein. Zweitens würde sicherlich ein Einwand gegen den Vorschlag erhoben werden, daß nur die Hälfte des Ertrages innerer Anleihen für Reparationszwecke dienen solle; der Betrag, der für diese Zwecke zu verwenden wäre, müsse dem Urteil der Kommission überlassen bleiben.

Kriegskriburzahlungen.

Paris, 16. Nov. Die Reparationskommission veröffentlicht eine Mitteilung, wonach ihr die deutsche Kriegslastenkommission in Paris Schatzwechsel im Werte von 55 Millionen Goldmark, fällig am 15. 5. 23 auf Grund des Beschlusses der Reparationskommission vom 31. 8. 22 überreicht hat. Die am 15. 11. fällige Barzahlung beträgt an und für sich 60 Millionen Goldmark. Die Differenz zwischen dieser Summe und dem erwähnten Betrage von 55 Millionen ist zum Teil durch gewisse an die Kommission bereits abgeführte Summen gedeckt. Für den Rest wird die Kriegslastenkommission am 17. d. M. einen weiteren Schatzwechsel überreichen.

Paris und die deutsche Kabinettskrise.

Paris, 14. Nov.

In späten Nachmittagsausgaben wird eben draußen auf den lichtdurchfluteten Boulevards verkündet, daß die Regierung Wirth ihre Entlassung gegeben habe. Am Tische neben mir diskutieren einige Journalisten über das Ereignis, und der Inhalt ihrer Reden wird morgen früh als Kommentar in den großen Blättern erscheinen. Es war ein interessantes Ratespiel gestern in den Wandelgängen der Kammer: Wer von beiden, Poincaré oder Wirth, als erster abginge? Trotzdem die Demission der deutschen Regierung seit der Rückkehr der Reparationskommission hier so gut wie sicher war, gab es doch manche, die geneigt waren, Poincaré das Primat zuzuerkennen. In Wirklichkeit gilt seine Stellung für mindestens ebenso sehr erschüttert, wie es gestern noch die des deutschen Kanzlers war: Mit seinem Sturz wird wie mit einer unvermeidlichen Notwendigkeit in Bälde gerechnet.

Ich bin überzeugt, daß die französischen Pressekommentare den Sturz der deutschen Regierung vor allem auf die innerpolitischen Schwierigkeiten zurückführen werden. Es hatte hier ungeheures Aufsehen erregt, als durch die Reparationskommission bekannt wurde, daß Dr. Wirth kein fertiges, abgeschlossenes Programm vorzulegen gehabt hätte, und daß über die Bruchstücke eines solchen nicht einmal volle Einmütigkeit innerhalb der deutschen Regierung selber bestände. Von diesem Augenblick an waren es gerade die Verständigungspolitiker, die nur von einer radikalen Aenderung in der deutschen Politik sich fruchtbringende Arbeit in den großen internationalen Problemen versprachen. Zu einem guten Teil sah man in der Schwäche des Reichskanzlers den Grund für die Erfolglosigkeit der Berliner Reise des Ausschusses und man betonte, daß lediglich Verhandlungen mit wirklichen Männern der Wirtschaft zum Ziele führen könnten. Logischerweise folgerte man, daß mit dem offenkundigen Bankerott der Erfüllungspolitik im bisherigen Sinn auch der Mann fallen müßte, der als das Symbol dieser Politik angesehen wurde, ebenso wie in Frankreich der Mann fallen wird, der Erfüllung um jeden Preis fordert. Denn selbst wenn diese Politiker Wandlungs- und Anpassungsfähigkeit genug besäßen, sich auf die neuen Notwendigkeiten reibungslos und vollständig einzustellen, so bliebe noch immer als verhängnisvoller Ballast das Odium an ihnen hängen, das ihnen die Ereignisse sowohl wie ihre eigenen Reden und Taten angeheftet haben. Eine neue Politik erfordert neue Männer: wie nirgendwo anders gilt das hier als Notwendigkeit.

In der Presse wird man neben diesen natürlich noch ganz andere Töne vernehmen. Das Schlagwort der „Stinnesdiktatur" hat noch nichts von seiner Zugkraft eingebüßt. Die Entwicklung wird dann so gekennzeichnet: Der Kampf um die Republik tritt in eine neue Phase ein. Die Demokratie hat eine furchtbare Niederlage erlitten. Herr Stinnes, der eine fast mystische Synthese bildet von wirtschaftlichem und politischem Imperialismus, ergreift nun offen die Macht in Deutschland. Außenpolitisch wird der Kampf, der 1918 mit der politischen Niederlage Deutschlands endete, auf wirtschaftlichem Gebiet von neuem aufgenommen werden.

So schreibt das große Boulevardblatt, und so denkt der Mann auf der Straße. Daß in ernsten Wirtschaftskreisen eine ganz andere Auffassung der Dinge herrscht, ist für die öffentliche Meinung nicht von Belang, umso mehr aber für die zukünftige Entwicklung der großen internationalen Fragen, deren Lösung die Nachfolger der Herren Lloyd George, Wirth und Poincaré in die Hand nehmen müssen.

Das Ergebnis der englischen Wahlen.

London, 16. Nov. (Drahtber.) Nach den bisherigen Wahlen ist der Stand der Parteien: 159 Konservative, 66 Arbeiterparteiler, 25 unabhängige Liberale, 22 National-Liberale (Gruppe Lloyd George), 8 Angehörige anderer Parteien. Die Blätter betonen den allgemein überraschenden Gewinn der Arbeiterparteien und der unabhängigen Liberalen sowie die Niederlage der Lloyd George-Kandidaten, halten jedoch mit ihrem Urteil zurück, da der größte Teil der Wahlergebnisse noch aussteht.

w. **London, 16. Nov.** (Drahtber.) Nach den bis 4 Uhr vorliegenden Wahlergebnissen erhielten die Konservativen 313, die Arbeiterpartei 112, die Liberalen 50, die National-Liberalen 43 und die Unabhängigen 11 Mandate.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Deutscher Reichstag

t. **Berlin**, 16. Nov. Die Besprechung der Zentrumsinterpellation über die

Not der deutschen Wissenschaft

wird fortgesetzt.

Abg. Dr. **Moses** (Soz.) erklärt, daß auch die Arbeiterschaft die Not der deutschen Wissenschaft schmerzlich empfinde, weil dadurch der Aufstieg des Proletariats verringert werden könne. Ohne Wissenschaft sei die geistige Kultur und der wirtschaftliche Aufstieg unmöglich. Es sei erforderlich, daß die deutsche Großindustrie die wissenschaftlichen Institute ausgiebig unterstütze. Auch unsere Großbanken, die im Gelde schwimmen, sollen helfen. Von dem Schiebertum sei freilich nichts zu erwarten, das für Eintrittskarten für Boxerkämpfe bis zu 20 000 Mark zahle, für wissenschaftliche Zwecke aber nichts übrig habe. Die Arbeiterschaft wisse zwar, daß die Universitäten ein Hort der Reaktion seien. Sie habe aber alle Achtung vor der Wissenschaft. Der Redner wies auf die große Not im Arztstande hin und forderte Verteilung der Aerzte auf dem flachen Lande.

Abg. **Strathmann** (DVP.) begrüßt die Einigkeit aller Parteien in dieser Frage. Der Redner weist auf die praktischen Ergebnisse deutscher Forschungsarbeit hin und nennt Namen wie Helmholtz, Siemens und Hertz. Die Notgemeinde müsse mit einer halben Milliarde unterstützt werden, auch wenn die Reparationskommission ein saueres Gesicht mache.

Abg. Dr. **Moldenhauer** (DNVP.) weist die der Bankwelt gemachten Vorwürfe des Knauserns gegenüber der Wissenschaft zurück Diese Kreise haben für wissenschaftliche Zwecke immer eine offene Hand gehabt. Der Redner erinnert an die Zuwendungen für die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Die Frage des Schutzes der deutschen Wissenschaft hänge eng zusammen mit der Stabilisierung der deutschen Mark.

Abg. **Schücking** (Dem.) betont die Notwendigkeit, ein einheitliches Kulturbewußtsein im deutschen Volke zu schaffen. Die deutsche Wissenschaft habe sich exportfähiger bewiesen als die deutsche Kunst. An den Universitäten müsse in erster Linie Platz für die deutschen Studenten sein. Seien noch Plätze frei, dann sollten wir uns freuen, wenn Ausländer zu uns kommen. Von hundert verteilten Nobelpreisen sind 20 auf Deutschland gefallen. Der Redner warnt von Antisemitismus und fordert stärkere Volkskultur. Bedauerlich sei das ablehnende Verhalten des Ausschusses der Berliner Studentenschaft gegenüber einer Ehrung des größten lebenden deutschen Dichters, des 60jährigen Gerhart Hauptmann. Das sei ein Mangel an politischer Kultur. Erforderlich seien Kulturattachés bei den deutschen Gesandten im Auslande.

Abg. Dr. **Beyerle** (Bayr. V.): Bayern habe stets eine offene Hand für Kunst und Wissenschaft gehabt. Ohne die bayerischen Monarchen seien die großen Museen in München und Nürnberg nicht möglich gewesen.

Abg. **Heydemann** (VSPD.) schildert die Not der geistigen Arbeiter, deren Verzweiflungsklagen man nicht durch diese schönen Reden übertönen könne. Nur einem Zufall sei es zu verdanken, daß diese ganze Frage hier überhaupt zur Erörterung gekommen sei. Wenn der Regierung nicht ein Unglück passiert wäre, dann hätte der Reichstag sich nicht damit befassen können.

Damit ist die Besprechung der Interpellation beendet. Das Haus vertagt sich auf Freitag 2 Uhr.

Deutsches Reich

Stimmen zur Regierungskrise.

Ueber die Stimmungen, die der Lösung der Regierungskrise vorangingen, lassen wir noch folgende Meldungen folgen:

Berlin, 16. Nov. Die Lösung der Regierungskrise ist gerstern nachmittag nicht gefördert worden. In den Besprechungen des Reichspräsidenten mit den Parteiführern erklärte der Abg. Marx, daß das Zentrum nicht nur sich weigern müsse, Vorschläge für die Nachfolgerschaft Dr. Wirths zu machen, sondern auch keinem seiner parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitglieder es gestatten würde, das neue Kabinett zu bilden. Diese Haltung des Zentrums schaltet die Berufung des Kölner Oberbürgermeisters Dr. Adenauer, der eingeschriebenes Mitglied der Zentrumspartei ist und dessen Kandidatur bis in den späten Nachmittag am meisten im Vordergrund gestanden hatte, aus. Ebenso wie das Zentrum, soll es dem gleichen Blatte zufolge auch die sozialdemokratische Fraktion abgelehnt haben, den Reichskanzler zu stellen. Da die demokratische Fraktion als die kleinste der bisherigen Koalition anscheinend nicht in Frage kommt, werde wie das Blatt schreibt, nach einer außerhalb des Reichstages und auch außerhalb des eigentlichen Parteigetriebes stehenden Persönlichkeit Umschau gehalten, die nicht ein Koalitionskabinett, sondern ein freies Kabinett der Köpfe zu bilden hätte.

Ein Antrag auf Einführung der Wahlpflicht.

Berlin, 16. Nov. Nach einer Meldung der „Voss. Ztg." ist dem Reichstage von der Deutschnationalen Volkspartei ein Antrag zugegangen, wonach sich die Reichsregierung verpflichten soll, bis zum 1. Februar 1923 ein Reichsgesetz vorzulegen, demzufolge die Wahlberechtigten bei den Wahlen zum Reichstage und zu den Volksvertretungen der Länder ihr Stimmrecht auszuüben verpflichtet sind.

Gegen die Angleichung der Preise an die Auslandskurse.

Berlin, 16. Nov. Der Wirtschafts- und Finanzpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates hat folgende Entschließung angenommen: Der Wirtschaftspolitische und der Finanzpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates bitten die Reichsregierung und die maßgebenden Wirtschaftskreise, in Anbetracht der schwebenden Währungsstützungs- und Stabilisierungsaktionen sofort Maßnahmen zu treffen, die eine gewaltsame Angleichung der Preise für Urstoffe und Verkehrsmittel an die Kurse für ausländische Wechsel zu verhindern geeignet sind.

Um die Nachfolge im Reichspostministerium.

München, 16. Nov. Nach einer Berliner Blättermeldung soll der Staatssekretär im Reichspostministerium, Abteilung München, Stingl als Nachfolger des Reichspostministers Giesbert ausersehen sein. Wie wir erfahren, ist hiervon an den zuständigen Stellen in München zur Zeit nichts bekannt.

Die Verhandlungen über die Gehaltsfragen.

t. **Berlin**, 16. Nov. Die Beamtenorganisationen erhielten die Mitteilung, daß die Verhandlungen in den Gehaltsfragen am nächsten Dienstag beginnen werden.

Die Lage in Düsseldorf.

Düsseldorf, 16. Nov. (Drahtber.) Trotz des Versuches der Gewerkschaften, sich für die Wiederaufnahme der Arbeit mit dem heutigen Tage einzusetzen, vollzieht sich die Wiederaufnahme doch mit Schwierigkeiten, da die Betriebsräte eines großen Teiles der Werke nach wie vor auf den Generalstreik hinwirken. Nur in einigen kleineren Werken wurde heute die Arbeit wieder aufgenommen.

Die Unruhen in Köln.

Köln a. Rh., 16. Nov. Ueber die letzten Unruhen wird noch mitgeteilt: Im südlichen Stadtteil wurden Läden geplündert. Starke Menschentrupps zertrümmerten mit Steinen, Eisen und Werkzeugen die Fensterscheiben und raubten die Geschäfte vollständig aus. Völlig geplündert wurden insbesondere die Auslagen von Schuhgeschäften, ferner ein Krawattenhaus, ein Schirmgeschäft, ein Hutgeschäft, ein Zigarrengeschäft und Lebensmittelgeschäfte. Das Eingreiffen der Polizei war durch den dichten Nebel sehr erschwert. Die Menge zerstreute sich erst gegen 10 Uhr. Der Schaden beträgt viele Millionen. Verschiedene Verhaftungen wurden vorgenommen. Gegen 10 Uhr abends war es in der Innenstadt wieder ruhig. In Ehrenfeld, wo die Polizei von der Hieb- und Schußwaffe Gebrauch machen mußte, wurden mehrere Zivilpersonen durch Säbelhiebe und zwei durch Arm- und Beinschüsse verletzt. Die Zahl der durch Steinwürfe verletzten Polizeibeamten ist erheblich.

Berlin, 16. Nov. (Drahtber.) In der Innenstadt herrschte bis gegen 6 Uhr abends Ruhe. Zu diesem Zeitpunkt aber versammelten sich etwa 1000 Personen in der Gürzenichstraße. Die Aufforderung der Polizeibeamten sich zu zerstreuen, wurde mit Steinwürfen und Schimpfworten beantwortet, die Straßen mußten hierauf gesäubert werden. Ein berittener Polizeiwachtmeister erhielt einen Streifschuß ins Gesicht, worauf von der Schußwaffe Gebrauch gemacht wurde. Verletzungen hat man nicht festgestellt.

Köln, 16. Nov. In Frechen bei Köln ist es zu Unruhen gekommen. In fünf Geschäften wurde geplündert. Der Wert der gestohlenen Gegenstände wird auf ungefähr 70 Millionen geschätzt. Auch zwei Güter wurden heimgesucht und aus einem 3, aus dem anderen 7 Schweine weggenommen, außerdem 30—40 Zentner Fracht- und andere Wintervorräte sowie Wein. In den Gasthäusern wurden die Einrichtungen teilweise zerschlagen, die Türen gesprengt und die Räume beschmutzt. Es handelt sich bei den Plünderern um größtenteils ortsfremde Elemente.

Preußen will energisch gegen den Wucher vorgehen.

Berlin, 16. Nov. Zu der Berufung des sozial. Abgeordneten Grzesinski zum Leiter des preußischen Landespolizeiamtes teilt eine sozialistische Nachrichtenstelle mit, das Landespolizeiamt werde sich mit allen Kräften der energischen Wucherbekämpfung in Preußen zuwenden. Das Landespolizeiamt werde mit aller Schärfe gegen den die Bevölkerung ausraubenden Wucher vorgehen und hofft dabei auf die Unterstützung breitester Volksschichten. Weitere Maßnahmen zwecks Wucherbekämpfung erfolgen vom preußischen Ministerium des Innern und vom Landespolizeiamt in Kürze.

Gegen die bayerischen Volksgerichte.

München, 16. Nov. Die sozialdemokratische Fraktion des bayerischen Landtages hat einen Antrag auf sofortige Aufhebung der bayerischen Volksgerichte eingebracht. Nach einer Meldung der Berliner „Deutschen Allg. Ztg." soll die Aufhebung der Volksgerichte erst bei der Justizreform und der Einführung der großen Schöffengerichte erfolgen.

Bayerische Politik.

München, 16. Nov. In der politischen Debatte im Landtag kam Abgeordneter Dr. Hilpert (Mittelpartei) auf die Gesetze zum Schutze der Republik zu sprechen und erklärte, den Kampf gegen diese Schutzgesetze werde die Partei fortsetzen.

Abg. Dr. Dirr (Dem.): Wenn in Bayern da und dort der Reichsgedanke abgeschwächt sei, so sei dies ein Beweis dafür, daß die zerstörende Wühlarbeit nicht ohne jede Wirkung geblieben sei. Die Zusammenarbeit in einer nationalen Notgemeinschaft im Innern und in seiner Einheitsfront nach außen müsse das einzige, würdige Ziel der Reichspolitik sein. Die Deutsche Volkspartei sei unbedingt zur Mitarbeit heranzuziehen. (Zustimmung bei den Demokraten.) Der Redner sprach sich dann über die Gründe des Ausscheidens der Demokraten aus der bayerischen Koalition aus und betonte, daß die Stimmenthaltung der Demokraten bei der Wahl des neuen Ministerpräsidenten kein Mißtrauensvotum darstelle. Dann wandte sich Dirr gegen die Nationalsozialisten, die im Lande Gewalttätigkeiten vollführten.

Abg. Staedel (Bauernbund) erklärte, daß die Bauernbündler Föderalisten und Anhänger der demokratischen sowie republikanischen Staatsform seien.

Auswärtige Staaten

Dänische Hilfe für die deutsche Not.

w. **Berlin**, 16. Nov. (Drahtber.) Das dänische Gesamtkomitee für Hilfeleistung in den vom Kriege heimgesuchten Ländern veröffentlicht in der hiesigen Presse einen Aufruf an das dänische Volk zur Spendung von Beiträgen für eine Hilfsaktion zugunsten notleidender Kinder in deutschen Großstädten, in Sachsen und Thüringen. Der Minister des Innern beantragte beim Finanzausschuß des Folkething die Bewilligung von 35 000 Kronen Staatszuschuß für die Hilfstätigkeit des Komitees.

Das Ausländertum in der Schweiz.

t. **Bern**, 16. Nov. Der schweizerische Bundesrat gibt neue Maßnahmen gegen die Ueberfremdung bekannt. Von den schweizerischen Gesamtbevölkerung von 3 880 000 Köpfen sind 405 000 Ausländer. Zur Verhinderung einer weiteren Ueberfremdung sollen jährlich rund 12 000 Personen naturalisiert werden, davon rund 5000 durch Zwangseinbürgerung von in der Schweiz geborenen Ausländerkindern, deren Mutter von Geburt Schweizerin war, und 7000 durch freiwillige Naturalisation auf Gesuch.

Abschaffung des Achtstundentages in Italien.

b. **Rom**, 16. Nov. (Eig. Drahtbericht.) Mussolini hat ein Dekret verkündet, nach dem der Grundsatz des Achtstundentages für alle Arbeiterkategorien einschl. der Eisenbahner abgeschafft werden soll.

Regierungsbewegung in Bulgarien.

b. **Wien**, 16. Nov. (Eig. Drahtbericht.) Aus Sofia wird gemeldet, daß der radikale Politiker Stambulinski alle Anstrengungen macht, um sich zum Präsidenten einer bulgarischen Republik ausrufen zu lassen und den König zur Abdankung zu zwingen. Andererseits bereiten die Bauern und Arbeiter, die unter dem Einfluß von Moskau stehen, eine aufrührerische Bewegung vor, um eine Sowjetregierung zu begründen.

Der Prozeß gegen die griechischen Generäle.

Athen, 16. Nov. Im Hochverratsprozeß begann die Zeugenvernehmung mit einer Aussage des Oberstkommandierenden Papulas. Dieser erklärte, daß seine Vorschläge, die unfähigen Offiziere abzurufen und durch kriegskundige Offiziere zu ersetzen, von der Regierung nicht berücksichtigt worden sei. Der Befehl zu den drei Offensiven sei von der Regierung erteilt worden. Der Marsch auf Angora sei von dem Kriegsrat unter Vorsitz des früheren Königs Konstantin trotz des Abratens des Oberkommandos und des Generalstabes der Armee in Kleinasien beschlossen worden. Die Regierung habe sich besonders auf die Ansicht des Generals Dusmanis gestützt, der geglaubt habe, daß die Armee bis nach Kisil-Irmak vorrücken werde. Das Scheitern dieser Unternehmung habe die Moral der Truppen in Mitleidenschaft gezogen. Auf die Frage wegen seiner vor dem Untersuchungsrichter abgegebenen Erklärung, daß er die Politik der leitenden Männer des Regimes Konstantins als einen Akt des Hochverrats betrachte, erwiderte der Zeuge: „Sicherlich waren sie gewissenlos und verbrecherisch."

Der ehemalige Generalstabschef der kleinasiatischen Armee, General Pallis, ist von dem Vorsitzenden der Untersuchungskommission verhört und seine Verhaftung veranlaßt worden.

Immer noch Hungersnot in Rußland.

Genf, 16. Nov. Nach einer Mitteilung des Nansenkomitees müssen noch 8 Millionen hungernde Menschen in Rußland verpflegt werden. In diese Zahlen sind jedoch 7 Provinzen des Hungergebietes nicht einbegriffen. Der ukrainische Zentralexekutivausschuß teilt seinerseits mit, daß in diesem Jahr die Hungersnot noch größer sein wird als im vergangenen.

Theater und Musik

Das Karlsruher Marionettentheater hat zur Eröffnung seiner diesjährigen Spielzeit eine neue Miniaturbühne geschaffen. Der Durchblick ist breiter wie ehedem, liegt in deutlichster Beleuchtung, die Bühne hat mehr Spielraum gewonnen. Die Puppen sind abermals köstlich ausgefallen; am besten ist, wie immer, das entzückende Inszenarium, an dem man die malerische Liebe der Eichrodts erkennt. Auch die Wahl der Stücke, die das „neue Haus" einweihten ist recht glücklich. „Das heiße Eisen" mit seinem übereinfachen Ablauf der sofort ausgegebenen Witzanekdoten dürfte indessen zur Hebung der Wirkung eine erheblichere Drastik in den Sprechern vertragen. Man denke doch an die beiden Keifweiber, aus denen sich eine noch ganz andere Wirkung herausholen ließe als wie geschehen; das gleiche gilt auch von der Rolle des schlauen Mannes. Man erinnere sich, wie der „Henno", ferner die Hans Sachsstücke bei den literarischen Abenden des Landestheaters und selbst bei der Gymnasiumsschlußfeier stark akzentuiert waren und daher prächtig einschlugen. Bei der Groteske Karl Ettlingers, die eine brüllende Kultursatire im Menschenfresserland vorführt und eine Menge ausgezeichneter Witze sprüht, war es bei der Vorführung darin schon besser bestellt. So etwa wie die drei Negerlein agierten und skandalierten, das entspricht dem handfesten Stil des Puppentheaterdialogs. Die beiden Schnurren erzielten in dem nie versagenden Reiz des Puppenspiels vollen Beifall. Der Besuch darf durchaus empfohlen werden. —o.

Münchner Uraufführung. Das Münchner Schauspielhaus hatte nach langer Zeit wieder einmal eine glückliche Uraufführung gehabt. Für die Komödie „Magie" des geistreichen Chesterton können wir mit gutem Gewissen danken. Mit viel Witz und Geist gibt dieser Landsmann und Kollege Bernhard Shaws drei Akte lang Unterhaltung über Glauben und Nichtglauben, über Wunder und Magie. Er, der Gläubige, verspottet den englischen Rationalismus, der für alles Wunderbare die mechanische Erklärung verlangt. Er deduziert entgegengesetzt der geistigen Wesenheit Shaws: Während dieser aus Skeptizismus desillusioniert, gibt Chesterton den an Wunder nicht Glaubenden die Illusion der verstandesmäßigen Materie. — Ein gläubiges, den Märchen holdes junges Mädchen begegnet einem fremden Wesen und ist überzeugt, einen Elf getroffen zu haben. Schwer enttäuscht, erkennt es in dem Fremden einen Taschenspieler, der bei ihrem Onkel, dem degenerierten u. phantastisch blöden Herzog, seine Künste zeigen soll. Diese Kunststücke werden vor einem Arzte, der an die Wissenschaft glaubt, einem Geistlichen, der zweifelt, obwohl Glauben sein Amt ist, und einem amerikanischen Rationalisten, der nur an Tricks glauben will, angeführt. Der Amerikaner provoziert den vermeintlichen Gaukler, und dieser gibt schließlich ein Experiment zum besten, das allen unerklärlich ist. Der Fremde konnte es vollbringen — durch Magie. Der Amerikaner wird krank ob des Unerklärlichen. Der Zauberkünstler ist bereit, den Trick zu erklären. Aber — niemand glaubt das Wunder. Da . . . um den Zweifelnden gesund zu machen . . . dem Mädchen zuliebe, das für den Bruder bittet, erfindet der Magier eine — natürliche Erklärung. Die ungläubige Menschheit braucht, für das Wunder, die Illusion der nüchternen Mache. Traurig wendet der Magier sich von hinnen . . .

Die Handlung dieses Stückes ist dürftig. Auch die Menschen, auf die magische Schatten fallen, sind nicht recht fest in der Form. Dafür entzückt eine bezaubernde Anmut des Geistes, der Dialog leuchtet von farbiger Pracht, scharfe Prägungen erfreuen, über dem Hin und Her der Reden aber liegt der Zauber des Selbstverständlichen, Leichten.

Die Aufführung war sehr sauber, wenn dem Ensemble auch der recht gemeinsame Boden fehlte. Jeder spielte für sich. Aber das liegt vielleicht an diesem Stücke, das alle seine Menschen merkwürdig isoliert. Richard Rieß.

Kunst und Wissenschaft

Ueberreichung des deutschen Adlerschildes an Gerhart Hauptmann.

Anläßlich des 60. Geburtstages Gerhart Hauptmanns ließ der Reichspräsident dem Dichter als Ehrengabe des Reiches den deutschen Adlerschild überreichen. Ein von Professor Wackerle-München entworfenes und ausgeführtes Kunstwerk aus Bronzeguß, das auf einem feingezeichneten Sockel in rundem Schild den Reichsadler zeigt. Die Rückseite des Schildes trägt zwischen Lorbeer und Eichenzweig die Inschrift: „Gerhart Hauptmann, dem Dichter und Seher, in dessen Werk die Seele des deutschen Volkes zum Lichte rang. Der Reichspräsident." Die Gabe war von nachstehendem Schreiben des Reichspräsidenten begleitet:

„Mein lieber, sehr verehrter Herr Dr. Hauptmann! Um führende Deutsche, die ihren Namen in die Geschichte des Vaterlandes eingegraben haben, zu ehren, habe ich das Symbol des Reiches, den deutschen Adler, in Bronze prägen und diese Prägung auf einem Sockel aufstellen lassen. Das erste Stück dieses Adlerschildes überreiche ich Ihnen an dem Tage, da ganz Deutschland an der Feier Ihres sechzigsten Geburtstages teilnimmt. In einer Zeit der Unrast und Bedrängnis steht Ihr Bild leuchtend vor unseren Augen: an der Wurzel unserer Gegenwart geboren, haben Sie Ihre Kämpfe und Wirrnisse vorausschauend empfunden und es vermocht, die ringenden Kräfte unserer Zeit und unseres Volkes zu unvergänglicher Gestalt zu erheben. Die Liebe zum Vaterland, auch in der Zeit seiner Leiden, und das Verständnis für die eigene Zeit, auch in ihrem chaotischen Drängen, haben Ihr Herz und Ihre Werke erfüllt. So möge Ihnen heute entgegenklingen, daß das deutsche Volk Ihren Namen als den eines Führers ehrt, und daß unsere Zeit die seherische Bedeutung Ihres Schaffens begreift. Es hat einen tiefen Sinn, den niemand besser als Sie würdigen wird, wenn ich Ihnen als Zeichen des Dankes des deutschen Volkes diesen schlichten deutschen Adler überreiche als ein Symbol dafür, daß ein großes, ringendes Volk Kraft und Mut aus den Werken seiner Meister schöpft. Mir persönlich aber ist es eine besondere Freude, Ihnen an diesem Tage meine aufrichtigsten und herzlichsten Glückwünsche zu sagen, denen ich hiermit Ausdruck gebe als Ihr Ihnen stets ergebener Ebert."

In der Festvorstellung im Großen Schauspielhause zu Ehren Gerhart Hauptmanns, der auch Reichspräsident Ebert anwohnte, kam es zu stürmischen Kundgebungen für den anwesenden Dichter. Es wurde „Florian Geyer" zur Aufführung gebracht. Der Darsteller der Titelrolle, Eugen Klöpfer, überreichte am Schluß der Vorstellung dem Dichter, der sich immer wieder auf der Bühne zeigen mußte, einen goldgezierten Lorbeerkranz. Der Reichsminister des Innern, Dr. Köster, stattete in einer Ansprache dem Dichter den Dank des jungen Staates ab und schloß mit dem Rufe: „Lang lebe Gerhart Hauptmann, lang lebe die deutsche Kunst, lang lebe das Vaterland!"

*

Die Rockefeller-Stiftung hat auf Bitte der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft von neuem 61 medizinische Zeitschriften und eine Anzahl wichtiger Werke, die in den letzten Jahren in Amerika und England erschienen sind, an deutsche Bibliotheken und Institute als Geschenk überwiesen.

Eine internationale Revue „Europa". Die Brüsseler Kunstzeitschrift „Art libre" kündigt an, daß sie sich zu einer großen Revue unter dem Namen „Europa" vergrößert. An dieser arbeiten Schriftsteller aller europäischen Kulturländer mit. Von Deutschen werden Heinrich Mann, Schickele, Sternheim, Edschmid und andere genannt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Was hat der Bürgerausschuß zu sagen?

Die Interesselosigkeit des Durchschnittsdeutschen an den Angelegenheiten des öffentlichen Lebens, und am Leben des Staates und der Gemeinde hat ihre Ursache vielfach in der Unkenntnis über die großen Rechte, Pflichten und Aufgaben des Staates, der Städte und der Gemeinden.

Mehr als je ist in Deutschland das Schicksal jedes Einzelnen durch Staat und Behörden beeinflußt. Von der Wiege bis zum Grabe wird sein Leben von Gesetzen und behördlichen Anordnungen begleitet und drangsaliert. Kaum hat das arme Menschlein das Licht der Welt erblickt, so beginnen Pflichten und Aerger. Da er selbst noch im glücklichen Zustande der Wurstigkeit lebt, müssen vorläufig Vater und Mutter Pflichten und Aerger übernehmen. Aber es dauert nicht lange, bald fühlt auch das Kind selbst den Arm der Staatsmacht. Es muß in die Schule, die Eltern müssen einen Teil ihrer Rechte an ihrem Kind dem Staat, der Gemeinde, der Behörde abtreten. Mit jedem Jahr wächst die öffentliche Macht über das Schicksal des Einzelnen.

*

Ist der Bürger ohne Waffe der Macht des Staates und der Behörden ausgeliefert?

Nein. Als Waffe hat der Bürger das freie Wahlrecht. Er kann, mit Hilfe von Gleichgesinnten — Partei — durch den Stimmzettel Einfluß auf die Macht des Staates und der Stadt ausüben, er kann, wenn er viel Gleichgesinnte hat, den Staat, die Behörde, die Stadtverwaltung, zwingen, ihre Macht einzuschränken, oder die Macht so und so anzuwenden.

In den badischen Städten entscheidet die Zusammensetzung des Bürgerausschusses darüber, ob die städtischen Behörden von ihrer Macht guten oder schlechten Gebrauch machen.

*

Wie weit erstreckt sich die Macht des Bürgerausschusses?

Ein Blick in den Voranschlag über die Ausgaben und Einnahmen der Stadt Karlsruhe im Jahr 22 gibt ein Bild von den Aufgaben der Stadt. Der Sorge der Stadtverwaltung unterstehen z. B. 9 Schulen, ferner das Krankenhaus. Als städtische Betriebe werden u. a. genannt: Gaswerk, Wasserwerk, Elektrizitätswerk, Straßenbahn, Lokalbahnen, Schlacht- und Viehhof, Rheinhafen, Stadtgarten, Festhalle, Badeanstalten, 5 Gutshöfe im Schwarzwald, auch das Bestattungswesen gehört zur Aufgabe der Stadt, ferner das Fürsorgewesen, öffentliche Gesundheitspflege, Arbeitsamt, Polizei usw., ferner ist die Sorge für Wohnungen eine der wichtigsten Aufgaben der Stadt. Für alle diese Aufgaben sind heute ungeheure Summen aufzuwenden. Die Einnahmen schafft sich die Stadt durch Steuern und Gebühren.

Je höher die Ausgaben, desto höher die städtischen Steuern und Gebühren.

Die Steuereinnahmen holt sich die Stadt aus der Reichseinkommensteuer und aus der Besteuerung des Liegenschafts- und Betriebsvermögens. Die Höhe der Einkommensteuer wird vom Reich bestimmt, der Anteil, den die Stadt Karlsruhe bekommt von der badischen Regierung.

Wenn die Städte schlecht wirtschaften, treiben sie auch die Einkommensteuer in die Höhe. Und wenn die Städte mit der zugeteilten Steuersumme nicht sparsam umgehen, so spürt dies der Bürger am Steigen der städtischen Steuern und Gebühren.

*

Ganz abhängig von einer guten oder schlechten städtischen Verwaltung ist die Höhe der Steuer auf Liegenschafts- und Betriebsvermögen.

Im Voranschlag für 1922 sind 10 Mk. Steuer von 100 Mk. Steuerwert vorgesehen. Seit Aufstellung des Voranschlags, Sommer 22, haben sich alle Ausgaben mehr als verzehnfacht. Die Steuer wird also stark erhöht werden. An der Höhe der Gemeindesteuer sind alle Haus- und Grundbesitzer, alle selbständigen Geschäftsleute, alle Unternehmer in Handel und Industrie sehr interessiert. Eine Uebertreibung dieser Steuer kann zur Abwendung von Unternehmungen führen, damit zur Schädigung des gesamten Wirtschaftslebens der Stadt. Die Blüte einer Stadt hängt ab vom guten Gang in Handel und Gewerbe. Die neuen politischen Verhältnisse zwingen die Stadt Karlsruhe, der Entwicklung von Handel, Industrie und Gewerbe die größte Aufmerksamkeit zu schenken. Das möge auch die zahlreiche Beamtenschaft der Landeshauptstadt nicht vergessen. Handel, Industrie und Gewerbe empfinden am stärksten die Höhe der städtischen Steuern und Gebühren. Eine sparsame Stadtverwaltung wird in der Lage sein, günstige Steuern und Gebühren zu berechnen.

*

Warum sagen wir dies alles? Um dem Bürger zu zeigen, wieviel von der Wahl des Bürgerausschusses abhängt, wie wichtig die Wahl am nächsten Sonntag ist.

Es sind drei Arten von Stadtparlament möglich:

1. Ein Parlament mit klugen Köpfen und Männern von Anständigkeit.
2. Ein Parlament von Leuten, die nur darauf bedacht sind, aus ihrem Amt Vorteile für sich oder die Partei herauszuschlagen.
3. Ein Parlament von Dummköpfen und Trotteln.

Ein Parlament der ersten Art wird allen Bürgern von Nutzen sein.

Ein Parlament der zweiten Art wird eine Stadt ruinieren.

Ein Parlament der dritten Art wird nicht viel schaden, wenn Bürgermeister und Beamte klug sind.

*

Wir hören die Frage, wie soll ich wählen? Welche Partei, welche Gruppe?

Wir vertrauen auf den gesunden Sinn unserer Leser und begnügen uns mit der Warnung vor den sozialistischen Parteien, weil wir fürchten, daß eine sozialistische Mehrheit im Bürgerausschuß ein Parlament Nr. 2 gäbe.

Badische Politik

Die Dienstaltersgrenze für die Hochschulprofessoren.

Der Haushaltausschuß des Landtages befaßte sich mit dem Gesetzentwurf über die Aenderung des Beamtenrechts in seiner Anwendung auf die Hochschulprofessoren. Berichterstatter darüber ist Abg. Weber (D.V.P.). Der Vorsitzende des Ausschusses begrüßte dabei den neuen Unterrichtsminister Dr. Hellpach und dieser Begrüßung schlossen sich die Vertreter der Parteien an. Unter Ablehnung eines Antrags, die Altersgrenze für die Hochschulprofessoren von 60 auf 70 Jahre festzusetzen wurde der Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

Zu den Gemeindewahlen.

Zu dem Wahlaufruf der vereinigten politisch und religiös neutralen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände, sowie der Kriegsopfer, teilt das Ortskartell Karlsruhe des Deutschen Beamtenbundes mit, daß es dem Wahlaufruf fernstehe und in dieser Angelegenheit seinen Mitgliedern vollständig freie Hand lasse.

Aus Baden

Die Getreideumlage für Baden.

Amtlich wird mitgeteilt: In der Frage der Herabsetzung der Getreideumlage ist es zwischen der badischen Regierung und dem Reichsernährungsministerium zu einer Verständigung gekommen. Am 14. und 15. d. M. weilte der Staatspräsident mit einem Referenten des Ministeriums des Innern in Berlin, um in persönlichen Verhandlungen mit dem Reichsernährungsminister Professor Dr. Fehr eine Herabsetzung der Umlage zu erzielen. Dabei wurde von seiten Badens der Standpunkt vertreten, daß die für dieses Jahr festgesetzte Umlage überhaupt zu hoch gewesen sei; die Getreide-Mißernte vernichtete dann gar noch jede Hoffnung, die dem Lande Baden auferlegte Umlage auch nur einigermaßen erfüllen zu können.

Der Reichsernährungsminister ließ sich schließlich nach vorausgegangenen, mühsamen Referentenbesprechungen davon überzeugen, daß den Wünschen der badischen Landwirtschaft entgegengekommen werden müsse. Es erfolgt nunmehr schnellstens seitens der badischen Behörden eine Neuumlegung des Getreidesolls auf die Kommunalverbände und Gemeinden des Landes, wobei jedoch auf eine Erfüllung der nunmehr festzusetzenden Umlage bestimmt gerechnet wird.

Extraneer-Prüfungen an den Höheren Schulen 1923.

Amtlich wird mitgeteilt: Die Prüfungen für Schulfremde (Extraneer) an den Höheren Schulen im Jahre 1923 werden — gleichzeitig mit den ordentlichen Reifeprüfungen der Vollanstalten und den Schlußprüfungen der sechsstufigen Realanstalten — gegen Ende des Schuljahres (vor Ostern) abgehalten werden. Gesuche um Zulassung zu diesen Prüfungen sind mit den erforderlichen Nachweisen im Laufe des Monats Dezember d. J. beim Ministerium des Kultus und Unterrichts einzureichen. Erst nach Ablauf dieser Frist einkommende oder durch nachträgliche Vorlage einzelner Nachweise ergänzte Gesuche werden nicht berücksichtigt.

Zu den Schlußprüfungen für Schulfremde werden nur solche Privatschüler zugelassen werden, die durch die Staatsangehörigkeit oder den jeweiligen Wohnsitz ihrer Eltern oder deren gesetzlichen Stellvertreter auf Baden angewiesen sind.

Die Zeugnisse über den Vorbereitungsunterricht müssen für die sprachlichen Fächer genaue Angaben enthalten über den Umfang der Lektüre. Bei den naturwissenschaftlichen Fächern müssen die Bescheinigungen erkennen lassen, daß der Vorbereitungsunterricht in diesen Fächern ein experimenteller Unterricht war und unter Benützung naturwissenschaftlicher Sammlungen erteilt wurde. Für alle Fächer müssen die Lehrbücher angegeben werden, die bei der Vorbereitung auf die Prüfung benützt wurden.

Die Leiter und Lehrer der Höheren Schulen erteilen bei etwaigen Anfragen über diese Prüfungen die erforderliche Auskunft.

*

t. **Mannheim**, 16. Nov. (Drahtber.) In Rheinau benutzten gestern abend 10 Uhr von einem Feste heimkehrende Arbeiter bei der Ueberfahrt über den Rheinhafen einen undichten Kahn. Das Fahrzeug sank mitten im Hafen. Von den Insassen konnten sich zwei retten, fünfe ertranken. — Nach Unterschlagung von 56 000 Mark Bargeld und einem Fahrrad ist der 20 Jahre alte Hausbursche Emil Ewald flüchtig gegangen. Auf seine Festnahme ist eine Belohnung ausgesetzt.

Mannheim, 16. Nov. Ueber den bereits gestern mitgeteilten Raubüberfall in einer hiesigen Kohlenhandlungsgesellschaft gibt der Polizeibericht folgende Darstellung. Am Dienstag abend um 7.25 Uhr drangen die nachbeschriebenen zwei Räuber in die Bureauräumlichkeiten O 6, 9 ebener Erde ein, hielten den noch anwesenden Bureauangestellten Revolver vor, zwangen den Kassier zur Herausgabe der Schlüssel zum Kassenschrank und stahlen aus demselben 700 000 Mark Bargeld und für 100 000 Mark Steuermarken. Die Täter, die ein sehr sicheres und entschlossenes Auftreten zeigten, verließen den Tatort auf demselben Weg, den sie gekommen sind, nämlich durch den Hausgang. Beide sind im Alter von etwa 22 bis 25 Jahren, beide 1,60 bis 1,65 Meter groß, beide schlank. Der eine hatte schmales Gesicht und blasse Gesichtsfarbe. Der andere volles Gesicht und gesundes Aussehen. Das Geld sowie die Steuermarken befanden sich in einer Geldmappe mit mehreren Fächern in Form einer Ziehharmonika und wurden von dem Täter 1 in einen Sack aus blauem Kattunstoff eingewickelt. Außerdem nahmen die Räuber eine größere Anzahl Quittungen mit dem Aufdruck: „Quittung Nr. Ad. Linden-Mannheim" mit. Die Täter trugen blanke (vernickelte) Walzenrevolver, kleines Kaliber und Format bei sich und hielten sie ständig den noch anwesenden sechs Angestellten, die sich hintereinander stellen und die Hände hoch halten mußten, vor. Bemerkt wird noch, daß der Täter 1 ausgesprochene westfälische Mundart, vermutlich Essener Gegend spricht. Der Dialekt des zweiten Täters ist nicht bekannt, da er während der Ausführung des etwa eine Viertelstunde dauernden Raubs so gut wie kein Wort sprach. Belohnung ist zugesichert. Die Täter, die schwarze Tuchmasken trugen, wußten mit den örtlichen Verhältnissen genau Bescheid, indem sie aus dem für das Publikum bestimmten Schalterraum durch eine Türe in die Büroräume eindrangen. Dort sammelten sie das zum Teil noch arbeitende Personal — sechs Herren (!) — und stellten sie an die Wand. Das entschlossene Auftreten der Räuber und die sichere Art, wie sie den Ueberfall durchführten, gibt Anhaltspunkte dafür, daß es sich um zwei erfahrene Berufsgauner handelt, die selbst vor dem Aergsten nicht zurückschrecken. Das gestohlene Geld war zum Teil für die heutigen Lohnzahlungen bestimmt. Die noch emsig arbeitenden Angestellten waren erklärlicherweise völlig konsterniert, als die beiden Räuber die Revolver auf sie richteten. Die Firma Ad. Linden, Kohlenhandelsgesellschaft m. b. H. Duisburg, Zweigniederlassung Mannheim, ist hier schon seit 1886 ansässig. Ihr Geschäftslokal in O 6 hat sie aber erst seit etwa einem Jahre.

t. **Mannheim**, 16. Nov. Für die Aufklärung des Mordes an dem Kaufmann Sina Aronsfrau wurde von den Angehörigen eine Belohnung von 200 000 M ausgesetzt.

t. **Heidelberg**, 16. Nov. Auf dem hiesigen Industriegelände werden sich vier weitere Firmen ansiedeln und zwar die Tabakfabrik Liebhold Akt.-Ges. in Heidelberg, die Chemische Industrie Schad aus Saarbrücken, die Mannheimer Bremsnabenfabrik Schäfer und die ausländische Brennereifirma G. & L. Cora, Importgesellschaft in Mannheim. Die Firmen wollen sämtlich im Frühjahr (sogleich nach Aufhören des Frostes) mit dem Bau beginnen.

Eberbach, 16. Nov. Unter Beteiligung der Mitglieder des Kreisausschusses Mosbach und der Bürgermeister des Kreises, sowie in Anwesenheit des Arbeitsministers Dr. Engler wurde gestern das vom Kreis Mosbach erbaute Itterwerk mit Talsperre und Kraftwerk eingeweiht. Das Werk wird im Jahre vier Millionen Kilowattstunden Strom erzeugen und deckt damit den größten Teil des Strombedarfs im Kreis Mosbach. Vorläufig ist noch ein Ueberschuß vorhanden, der in das Netz des Badenwerkes geleitet wird. Für die Baukosten waren 15 Millionen bewilligt, die Kosten sind aber inzwischen auf 60 Millionen gestiegen. Außerdem wird etwas unterhalb des Itterwerkes noch ein zweites Werk errichtet, das auf 12 bis 14 Millionen kommen und hauptsächlich dem Stromverbrauch der Stadt Eberbach dienen wird.

= **Walldürn**, 16. Nov. Am Montag fand die erste ordentliche Generalversammlung der Genossenschaftsmühle Walldürn statt. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates Dekan Gruber-Sulzbach leitete die Versammlung. Nach der Begrüßung erstattete Direktor Wagner-Walldürn einen eingehenden Geschäftsbericht über das erste Geschäftsjahr nebst Bilanz mit Gewinn- und Verlustrechnung, die einstimmig genehmigt wurde. Der Gewinn wurde nach angemessener Verzinsung der volleinbezahlten Geschäftsanteile hälftig dem gesetzlichen Reservefonds und der Erneuerungsrücklage zugewiesen. Aus dem Aufsichtsrat scheiden durch das Los aus: Dekan Gruber-Sulzbach, Stadtrat Julius Maier-Tauberbischofsheim, Dekan Epp-Tauberbischofsheim und Landwirt Julius Fieger-Hardheim. Diese wurden einstimmig wiedergewählt. Unter Wünsche und Anträge wurden noch verschiedene brennende Tagesfragen besprochen.

H. **Baden-Baden**, 16. Nov. Die letzte Sitzung des Bürgerausschusses vor den Gemeindewahlen fand am Dienstag abend unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Fieser statt. Im ersten Teil der Sitzung, der nichtöffentlich war, wurde zuerst über den Umbau des Westflügels des Kurhauses beraten. Die Mittel hierfür haben eine bedeutende Steigerung erfahren. Anzufordern sind noch etwa 17 Millionen Mark, von denen die Stadt vorweg 2 Millionen übernimmt, während die restlichen 15 Millionen von Staat und Gemeinde mit 59 bezw. 41 Prozent zu tragen sind. Der Antrag des Stadtrats auf Genehmigung der Mittel wurde angenommen, ebenso ein weiterer stadträtlicher Antrag, nach dem der untere Teil des sogenannten Michaelsberges aus dem Eigentum der Stourdza-Stiftung in das der Stadt übergeht unter der Bedingung, daß das Gelände als öffentlicher Park erhalten bleibt. In der sodann folgenden öffentlichen Sitzung wurde das Gesetz über die Wohnungsabgabe und die Wohnungsluxussteuer, welch letztere eine längere Debatte auslöste, mit allen gegen eine und der Antrag betreffend Wohnungsgabe (Erhebung von den Mietern) einstimmig angenommen. Ein Tauschvertrag mit dem katholischen Kirchenfonds Lichtental fand einmütige Zustimmung. Eine längere Debatte rief der stadträtliche Antrag betreffend Erstellung eines Luft-, Licht- und Sonnenbades hervor, bei dem die Zentrumsredner besonders die Beseitigung des Familienbades verlangten. Die Mehrheit stimmte jedoch dafür, und so wurde die Vorlage unverändert mit 40 gegen 32 Stimmen angenommen. Die übrigen auf der Tagesordnung stehenden Punkte, und zwar Grundstücksverkäufe und -Tausche, Bekanntgabe von Beschlüssen der gemischten beschließenden Kommission und Umbau des Krankenhauses wurden im Sinne der stadträtlichen Anträge erledigt.

t. **Offenburg**, 16. Nov. In einer von mehr als 200 Winzern besuchten Versammlung zu Offenburg wurde der Winzerverein der Ortenau gegründet und der Anschluß an den Badischen Winzerverband (Bauern-Verein) vollzogen. Bei der Wahl ging als erster Vorsitzender Josef Renner-Fessenbach hervor. Den Festvortrag hielt Direktor Dr. Müller des Badischen Weinbau-Instituts. Eine Reihe von Behörden und Organisationen waren in der Gründungsversammlung vertreten.

t. **Offenburg**, 16. Nov. Am Bahnübergang nach Hofweier, wo vor kurzem ein Möbelwagen stecken blieb und von einem Güterzug völlig zertrümmert wurde, ist schon wieder ein Möbelwagen stecken geblieben. Sämtliche Züge mußten gestellt werden, bis der Möbelwagen mittels Winden wieder flott gemacht war.

t. **Lahr**, 16. Nov. Vom Ried her zogen gestern 23 Bauernwagen in die Stadt, geleitet von Mitgliedern des Landbundes, der der Stadtverwaltung eine größere Menge Kartoffeln für Minderbemittelte zu bedeutend ermäßigten Preisen zur Verfügung stellte. Auf diese Weise wurden 865 Zentner prächtiger Speisekartoffeln hierhergebracht.

t. **Ettenheim**, 16. Nov. In Amerika lebende Ettenheimer haben dort eine Sammlung veranstaltet und 200 Dollar (etwa 1½ Millionen Mark) zur Anschaffung der hiesigen Kirchenglocken zusammengebracht.

t. **Sölden** bei Freiburg, 16. Nov. Auf der Straße nach Wittnau wurde der Metzger Georg Batt von Wittnau von einem ohne Licht fahrenden Radfahrer überfahren und schwer verletzt. Auch der Radfahrer, der noch ein Mädchen auf dem Rad sitzen hatte, stürzte.

t. **Badenweiler**, 15. Nov. In einer der letzten Nächte brachen Diebe in das Großh. Schloß ein und stahlen Bettvorlagen und andere Gegenstände.

t. **Villingen**, 16. Nov. Die von der Stadtgemeinde Bräunlingen am Kirnberg errichtete Wasserkraftanlage, mit deren Bau am 4. November 1921 begonnen wurde, ist nunmehr eingeweiht worden. Am Kirnberg breitet sich jetzt eine Wasserfläche aus, die hinter der Staumauer eine Tiefe von 12 Metern hat. Auf der anderen Seite der Staumauer speist der Ueberfluß des Sees den Brennbach, dessen Hauptwasserkräfte unterirdisch zum Kraftwerk in Waldhausen geleitet werden. Die Anlage ist ein Werk des Ingenieurs Flügel-Karlsruhe. Auf einer Fläche von 300 000 Quadratmeter wird eine Wassermasse von 13 Millionen Kubikmeter gestaut.

t. **Ueberlingen**, 16. Nov. Am Seegestade ist zurzeit die Ernte des Schilfrohrs und des Streugrases auf den Streuwiesen in vollem Gange. Schilfrohr, das zu Rohrmatten und anderen Zwecken verwendet wird, steht gegenwärtig hoch im Preis.

t. **Lörrach**, 16. Nov. (Drahtber.) Die vereinigten Milchausschüsse der Bezirke Lörrach, Schopfheim und Müllheim haben beschlossen, daß der Milcherzeugerpreis vom 20. bis 30. November auf 60 M für den Liter und vom 1. bis 15. Dezember auf 80 M festgesetzt wird.

Bunte Chronik

Veruntreuungen eines Bankangestellten in Frankfurt. Von einem Angestellten der Filiale der Darmstädter- und Nationalbank in Frankfurt sind Veruntreuungen dadurch begangen worden, daß er bei der Deutschen Vereinsbank in Frankfurt ein Baisseengagement in Ungarischer Goldrente einging und die Stücke, als der Kurs der Ungar. Goldrente stark gestiegen war, seinem Institut zur Deckung seiner Lieferungsverbindlichkeit entwendete. Der Schaden wird auf 2 Millionen Mark beziffert. Der Angestellte wurde verhaftet.

Für 20 Millionen Mark Werte entwendet. Ein junges Mädchen, das sich bei einem Ehepaar in Berlin als Kindermädchen in Stellung befand, entwendete während eines Ausganges des Ehepaares einen Koffer mit 2000 Dollar, einen Brillantring, Wäsche und Kleider, zusammen im Werte von 20 Millionen Mark. Ein junger Mann hatte den Koffer in einem Auto fortgeschafft. — In einem Berliner Pensionat wurden zwei Argentiniern von einem angeblichen Italiener, der sich ihnen als Dolmetscher anbot, ein Koffer, der für 6 Millionen Pesetas enthielt, gestohlen. Ein Helfershelfer des angeblichen Dolmetschers wurde als der Teilnahme verdächtig festgenommen. Der eigentliche Täter wurde später auf dem Lehrter Bahnhof verhaftet. Er räumte nach einigem Leugnen den Diebstahl ein. Ein Teil der Beute wurde in der Hasenheide wieder aufgefunden, wo der Dieb sie vergraben hatte.

10 Millionen Mark gestohlen. Beim Verladen von Geldbeuteln vor der Reichsbank in Berlin wurde gestern trotz starker Bewachung ein Beutel, der 10 Millionen Mark in 10 000 Mark-Scheinen in der Originalpackung der Reichsbank enthielt, gestohlen. Bisher ist es noch nicht gelungen, den Verbleib des Geldes festzustellen.

Vom Wetter

Donnerstag, den 16. November.

Unter der Herrschaft des Hochdruckgebietes, das in unveränderter Stärke über den britischen Inseln bleibt, herrscht in Süddeutschland teils heiteres, teils bewölktes Wetter, nur vereinzelt sind unerhebliche Niederschläge gefallen. In Baden sank die Temperatur nachts vielfach unter den Gefrierpunkt, im Hochschwarzwald bis zu — 5 Gr. Die Wetterlage ändert sich nicht, so daß das teilweise heitere, trockene Wetter fortdauern wird.

Wetteraussichten für Freitag, den 17. November: Teilweise heiter, trocken, vielfach Nachtfröste, nördliche Winde.

Rhein-Wasserstände morgens 6 Uhr:

	16. November		15. November
Schusterinsel	1.80 m		1.95 m
Kehl	3.05 m		3.15 m
Maxau	5.00 m		5.14 m
"	— m	mittags 12 Uhr	—.— m
"	— m	abends 6 Uhr	—.— m
Mannheim	4.30 m		4.53

Ein Industrie-Film
gelangt zurzeit im Residenz-Theater zur Vorführung. Er zeigt den Werdegang eines wichtigen, modernen, in der Geschäftswelt und bei Behörden unentbehrlichen Industrieproduktes, der beliebten
Urania-Schreibmaschine,
deren Hersteller die altrenommierte Firma Clemens Müller, Akt.-Ges. in Dresden, ist. Originell in seiner Zusammenstellung, ist der Film für jedermann sehr interessant und unterhaltend. Der Besuch des Residenz-Theaters ist infolgedessen während genannter Filmvorführung ganz besonders zu empfehlen.

Bekanntmachung.

Ueberzahlte Notopferbeträge nebst Zinsen hieraus werden auf die vom Pflichtigen zu zahlende Zwangsanleihe angerechnet, wenn oder soweit der Abgabepflichtige nicht der Anrechnung bis zum 31. März 1923 widerspricht. Der Erbe des Notopferpflichtigen hat Anspruch auf Anrechnung, wenn der Notopferpflichtige nach dem 31. Dezember 1922 gestorben ist. Als Tag der Anrechnung gilt der 31. Juli 1922, bei nach diesem Tage erfolgten Ueberzahlungen der Tag der Einzahlung. Der Widerspruch gegen die Anrechnung ist unwiderruflich.

Weitere Auskunft erteilen die unterzeichneten Finanzämter.

Karlsruhe, den 15. November 1922.
Finanzamt - Stadt. — Finanzamt - Land.

Bekanntmachung.

Den Verkauf von Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfs betr.

Auf Grund der §§ 73, 74 und 148 Ziff. 8 der Reichsgewerbeordnung, des § 134 b Ziff. 1 des Polizeistrafgesetzbuches und der Reichsverordnung vom 24. Juni 1915 über den Aushang von Preisen in den Verkaufsräumen des Kleinhandels vom 25. September 1915 über die Errichtung von Preisprüfungsstellen, und vom 24. Nov. 1921 über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln wird unter Aufhebung der ortspolizeilichen Vorschrift vom 29. Juli 1915 und der Bekanntmachung der städt. Preisprüfungsstelle vom 20. August 1920 mit Zustimmung des Stadtrats und mit Genehmigung des Ministeriums des Innern die nachfolgende **Anordnung** erlassen, die durch Erlaß des Herrn Landeskommissärs vom 15. Nov. 1922 gleichzeitig als

ortspolizeiliche Vorschrift

für vollziehbar erklärt worden ist:

§ 1. Wer Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfs, insbesondere Nahrungs- und Futtermittel, rohe Naturerzeugnisse, Heiz- und Leuchtstoffe sowie Bekleidungs- und Haushaltungsgegenstände im Kleinhandel absetzt, ist verpflichtet, die Verkaufspreise durch deutlich sichtbare Preisschilder, Preisauszeichnungen oder Preisaushänge zur Kenntnis des Publikums zu bringen.

Ueber die Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfs, auf die sich die vorstehend bezeichnete Verpflichtung erstreckt, wird beim städt. Preisprüfungsamt ein Verzeichnis geführt, das den Beteiligten zur Einsichtnahme offen steht.

§ 2. In jedem Verkaufslokal, in welchem Gegenstände der in § 1 bezeichneten Art nach Gewicht verkauft werden, müssen die Wagen mit den erforderlichen geeichten Gewichten für das Publikum sichtbar aufgestellt sein.

§ 3. Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend für den Straßenhandel, sowie für den Verkauf von Gegenständen des Wochenmarktverkehrs auf den Marktplätzen, wobei jeder Verkauf auf dem Wochenmarkt — auch der Verkauf in größeren Mengen an Wiederverkäufer — als „Kleinhandel" im Sinne des § 1 anzusehen ist.

§ 4. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 1500 M, im Unvermögensfalle mit Haft bis zu 4 Wochen bestraft.

Karlsruhe, den 16. November 1922.
Badisches Bezirksamt — Polizeidirektion.

Errichtung einer gewerblichen Anlage betr.

Metzgermeister Albert **Schneider** hier beabsichtigt die Errichtung einer Anlage zur Herstellung von Kunstspeisefett auf dem Anwesen Hardtstraße 26 in Karlsruhe. Etwaige Einwendungen gegen das Unternehmen sind innerhalb 14 Tagen beim dem Bezirksamt hier — Zimmer 26 — oder dem Stadtrate hier anzubringen.

Karlsruhe, den 13. November 1922. O.Z. 151.
Bad. Bezirksamt Abtl. III.

Eintreffend!

Ende dieser od. Anfang nächster Woche ein Waggon lebende bayerische

Landgänse

geeignet zum Stopfen
St. Mk. **2500–3000**
Abzuholen bei der
Geflügelzucht Rheinhafen
Südliche Uferstraße.
Vorausbestellung Telefon 5669 erbeten.

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche betreffend.

Nachdem im Stadtgarten hier unter dem Schafbestand die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen ist, werden folgende Anordnungen getroffen:

A. Sperrbezirk.

Das Gelände beim Hufferstall bildet einen Sperrbezirk i. S. der §§ 161 ff. der Ausführungsvorschriften des Bundesrats zum Reichsviehseuchengesetz.

B. Beobachtungsgebiet.

Um den Sperrbezirk (A) wird ein Beobachtungsgebiet im Sinne der §§ 165 ff. der Ausführungsvorschriften zum Reichsviehseuchengesetz bestehend aus dem übrigen Teil des Stadtgartens gebildet.

Karlsruhe, den 14. November 1922. O.Z. 152.
Bezirksamt — Polizeidirektion B. —.

Erklärung.

Um allen Irrtümern in der Oeffentlichkeit und insbesondere in den Kreisen der Kriegsopfern vorzubeugen, erklären die unterzeichneten Vorstandsmitglieder des **Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen**, Ortsgruppe Karlsruhe, daß der Reichsbund mit der Liste der „vereinigten politisch neutralen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände" **nichts zu tun hat**. Vielmehr hat der Gesamtvorstand in einer Sitzung, welche sich eingehend mit der Frage beschäftigte, es **einstimmig abgelehnt**, sich an der betreffenden Liste zu beteiligen, was auch in zwei Mitgliederversammlungen den Mitgliedern unterbreitet und von ihnen gebilligt wurde. Dieser Beschluß wurde dem **Stadtverordneten Siegel** schriftlich mitgeteilt. Der Vorstand hat es vielmehr den politischen Parteien überlassen, den Kriegsopfern eine Vertretung zu gewähren und so hat nun eine politische Partei unseren 1. Vorsitzenden an aussichtsreicher Stelle aufgestellt. Hierdurch dürfte die Interessenvertretung der Kriegsopfer gesichert sein. Die Vorstandsmitglieder halten es für ihre Pflicht, die Kriegsopfer darauf aufmerksam zu machen, daß niemand das Recht hat, den Namen „Kriegsopfer" auf seine Liste zu setzen und sie bei der Gemeindewahl als Mittel zum Zweck benützen zu lassen. Auch haben wir keine Veranlassung, Personen, denen kein Mittel zu schlecht ist, sich in den Vordergrund zu stellen, einen Sitz im Stadtparlament zu verschaffen. Was sich die betr. neutrale Vereinigung hier geleistet hat, muß von den Kriegsopfern auf das schärfste verurteilt werden.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen, Ortsgruppe Karlsruhe.

L. Lang, II. Vorsitzender, K. Trarbach, Schriftführer, E. Doerrschuck, E. Forsch, W. Sauder, R. Kraus, G. Strube, F. Bönsel, A. Stiller, W. Köllner, K. Schoch.

Nähmaschinenfabrik Karlsruhe

vormals **Haid & Neu.**

Bilanz auf 30. Juni 1922.

Aktiva		Passiva	
Gelände	410 461 93	Aktienkapital	10 000 000.—
Gebäude	1 541 256.—	Obligationen	105 000.—
Mobilien und Fabr.-Invent.	4.—	Obligationszins.	1 162.—
Materialien, Betriebsmaterialien, fertige u. halbfertige Waren	19 368 307.12	Reservefonds	1 000 000.—
		Spezialreservefonds u. Dividendenfonds	310 000.—
		Beamten- u. Arbeiterunterstützungsfonds	29 344.61
Außenstände	30 159 191 89	Wohlfahrtskonto	133 555.55
Wechselbestand	1 953 898.43	Delcrederekonto	80 000.—
Kassenbestand	199 450,07	Kreditoren	30 928 282.16
		Lohnreserve	4 180 474.47
		Dividendenkonto	17 155.—
		Gewinn- u. Verlustkonto	6 847 596.25
	53 632 570.04		53 632 570.04

Gewinn- und Verlustkonto

Soll		Haben	
Allgem. Unkost. Tantiem., Spesen, Provision. und Zinsen	16 058 974.61	Gewinn-Vortrag aus 1920/21	151 734.85
Abschreibungen	543 292.27	Brutto-Gewinn 1921/22	23 298 128.28
Vortrag a. 1920/21 u. Reingewinn 1921/22	6 847 596 25		
	23 449 863.13		23 449 863.13

Durch Beschluß der Generalversammlung vom 14. November 1922 ist eine Dividende von 35% = Mk. 350.— per Aktie festgesetzt. Der Dividendenschein für 1921/22 ist von heute ab bei

der **Gesellschaftskasse,**
dem **Bankhaus Straus & Co. in Karlsruhe,**
der **Direction der Discontogesellschaft in Frankfurt a. M.,**
dem **Bankhaus E. Ladenburg in Frankfurt a. M.**

zahlbar.

Karlsruhe, 14. November 1922.

Nähmaschinenfabrik Karlsruhe vorm. Haid & Neu A. G.

Weihnachtsverkauf. **Weihnachtssammlung f. die evang. Stadtmission.** **Verkauf am 5. Dezember,** Adlerstr. 23, von 10–9. Geld- u. Naturalgaben sind bis spätestens 30. Nov., nachm. 4–6, Adlerstr. 23, oder Geschäftsstelle Kreuzstraße 23, täglich von 10–12 Uhr, abzugeben.

Taschenl.-Batterien engr. u. detail äußerst billig Grand & Oehmichen Waldstr. 26, Tel. 520.

Angestellte! Beamte! Arbeiter! Kriegsopfer!

Freitag, den 17. Nov., abends 8 Uhr, im Gartensaal „Zum Moninger"

Oeffentliche Wahlversammlung

der vereinigten politisch und religiös neutralen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände sowie der Kriegsopfer.

Thema:

Die Gemeindewahlen

Referenten: Reg.-Rat **Seidel,** Stadtverordneter **Siegel.**

Um zahlreichen Besuch bitten

Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände,
Gewerkschaftsbund der Angestellten (G. D. A.),
Verband der Deutschen Gewerkvereine (H. D.),
Allgemeiner Eisenbahner-Verband,
Bund d. Beamten i. Versorgungswesen Deutschlands
Genfer Verband der Hotel-Angestellten usw.

Seitdem

ich Seifenpulver **Schneekönig** verwende, ist meine Wäsche wie neu.

Teleph. 2102 **Gottfried Lucas** Teleph. 2102
Koksgroßhandlung
Karlsruhe-Beiertheim, Breitestr. 49a
liefert prompt jedes Quantum
Koks
für Industrie, Gewerbe und Haushalt.
Spezial-Hausbrand von 650 Mk. an
Unübertroffen in Brand und Heizkraft!

Heute 17. Nov., Eintracht
Sepp Summer zur Laute
Karten bei Neufeldt

Freitag, den 17. November

Landestheater 7 bis geg. 10 Uhr 350 M. Abonn. E 7. Th.-Gem. B. V. B. alle Nummern über 4500 **Der Zigeunerbaron.**

Konzerthaus 7 bis gegen 10 Uhr **Volksbühne H 8 Der Revisor.**

Im Landestheater. Spielplan vom 18. bis 28. November. Sa. 18. „Der Ring des Nibelungen". Vorabend „Das Rheingold" 7 (350.—). — So. 19., vorm. 11 Uhr, Morgenfeier. Gerhart Hauptmannfeier aus Anlaß des 60. Geburtstages des Dichters. Festrede von Herrn Professor Dr. Holl. Streichquartett, ausgewählte Dichtungen (80.—) Mitglieder des Theaterkulturverbandes und der Gesellschaft für Deutsche Bildung und der Th.-Gem. des B. V. B. erhalten gegen Vorzeigen der Mitgliedskarten an der Vorverkaufskasse ermäßigte Preise; abends 5 Uhr Der Ring des Nibelungen. I. Tag: „Die Walküre" (500.—). — Mo. 20. Sinfonie-Konzert zugunsten der Unterstützungskasse des Landestheater-Orchesters 7½ (80.—). — Die. 21. *Abonn. G 8 zum erstenmal: „Improvisationen im Juni", Komödie in 3 Akten von Max Mohr 7 (200.—). Th.-Gem. B. V. B. Nr. 1201/1500. — Mi. 22. „Der Ring des Nibelungen". II. Tag „Siegfried" 5 (400.—). — Do. 23. Volksbühne L 3 „Wilhelm Tell" 7 (250.—). — Fr. 24. Volksbühne J 4 „Hänsel und Gretel" 7 (400.—). — So. 25. *Abonn. B 8 „Improvisationen im Juni" 7 (250.—) Th. Gem. B. V. B. Nr. 2101/2300, 2901/3100. — So. 26., vorm. 11½ Uhr, Morgenfeier des Theaterkulturverbands in der Wandelhalle des I. Ranges. Vortrag von Dr. Julius Bab, Berlin, über „Goethe und der Aufstieg des Abendlandes" (25.—). Für Mitglieder des Theaterkulturverbandes und der Gesellschaft für Deutsche Bildung 15 Mk., abends 4 Uhr „Der Ring des Nibelungen". III. Tag „Götterdämmerung" (600.—). — Mo. 27. Volksbühne L 4 „Wilhelm Tell" 7 (250.—). — Die. 28. *Abonn. F 7 „Hoffmanns Erzählungen" 7 (450.—), Th.-Gem. B. V. B. Nr. 2501/2900.

Im Konzerthaus. So. 19., nachm. 2 Uhr, Volksbühne H 9 „Der Revisor", abends 7 Uhr *„Der keusche Lebemann" (180.—). — Mi. 22. Volksbühne H 10 „Der Revisor" 7. — So. 26. *„Alt-Heidelberg" 7 (250.—).

Auslosung der Karten für die Teilnehmer der Theatergemeinde **jeweils am Vortag der Aufführung** in der Geschäftsstelle (10 bis ½1, 4 bis 6 Uhr). Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten und Vorkaufsrecht der Abonnenten und Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 18. Nov., nachm. ½4–5 Uhr, allgemeiner Verkauf und weiterer Umtausch von Montag, den 20. Nov. an.

FESTHALLE (FIDELITAS)

Sonntag, den 19. November 1922, nachmittags 4 bis 7 Uhr:

Ein Pfälzer Nachmittag

Ernstes und Heiteres in Pfälzer Mundart

Mitwirkende: August **Heinrich**-Bellheim, Ludwig **Herrmann**-Ludwigshafen (Dialektdichtungen), Karl **Herrmann**-Zweibrücken (Laute), Pfälzer Tänzerinnen und Tänzer in Originaltrachten. Orchester: **Harmoniekapelle.** Leitung: **Hugo Rudolph.**

Eintritt: Vorbehaltene (numerierte) Plätze: Saal I. Abt., Untere Galerie I. Abt., (West- und Ostseite). Obere Galerie I., II und III. Reihe je 60 M. Obere Galerie nichtnumeriert 40 M., übrige nichtnumerierte Plätze im Saal 60 M. Ermäßigung für Stadtgartenabonnenten (gegen Ausweis durch die Abonnementskarte) je 10 M., auf nichtnumerierte Galerieplätze 5 M. Kinder zahlen volle Preise. Vorverkauf der numerierten Karten bei Stadtgartenkassier Bronner (Ostseite der Festhalle) und im Verkehrsverein, Kaiserstr. 158 (Westseite der Festhalle), sowie im Kiosk beim Hotel Germania (in letzterem nur nichtnumerierte Plätze).

Nächstes Konzert: **Sonntag, den 3. Dezember 1922, nachm. 4 Uhr:**

„Biedermeier" in Wort, Lied und Tanz.

Dr. Hugo

Mitglied des Reichstages und Reichswirtschaftsrates

spricht am

Samstag, den 18. d. M., abends 8 Uhr

im

Friedrichshof

in einer öffentlichen Versammlung. Alle Wähler und Wählerinnen sind hierzu freundlichst eingeladen.

Eintritt frei.

Zur Deckung der Unkosten werden freiwillige Beiträge entgegengenommen.

Deutsche Volkspartei.

Unsere Mitglieder und Freunde treffen sich am Sonntag, den 19. d. M., abends von 8 Uhr an, im **Automaten-Restaurant,** Karl-Friedrichstraße 32 (neben Hotel Germania).

Städt. Freibank. Fleischabgabe Samstag 9–10 Uhr Nr. 1401–1600.

Der bekannte vorteilhafte gute **Leipziger**
Pelze-Verkauf
ist immer noch
Karl-Friedrichstr. 6
1 Treppe, Schorpp.

Verloren u. gefunden

Verloren Spitzerhündin, weiß m. schwarzen Ohren, trägt schwarz. Tuchmäntelchen. Vor Ank. w. streng gew. Geg. gute Belohn. abzug. Monte, Kaiserstr. 86 IV.

Die grössere Schuld.

Roman von Reinhold Ortmann.

(30) ——— (Nachdruck verboten)

Olaf folgte der Aufforderung. Ein sehr einfaches Zimmer war es, das Georg Brandt hier bewohnte. Und Brandt sagte denn auch wie um Entschuldigung bittend:

„Es ist nicht allzu wohnlich hier bei mir — aber ich bin ja auch nur des Abends zu Hause, und da sitze ich meist drüben bei meiner Wirtin."

Nach einiger Zeit hörten sie den Klang behutsam gedämpfter Stimmen draußen auf dem Flur, und Susi Lanzinger schlüpfte hinaus. Doktor Mayr stand wartend und sah Olaf fragend an — und der junge Bildhauer wollte sich eben an Georg Brandt wenden, sich zu verabschieden, als der Mann ihm hastig zuvorkam.

„Sie wissen vielleicht — jedenfalls — daß ich Architekt bin. — Wenn Sie mir gestatten würden, daß ich Ihr Atelier — ich interessiere mich sehr für Bildhauerei —".

„Es wird mich natürlich sehr freuen, wenn Sie mich besuchen wollen — aber ich muß Ihnen von vornherein jede Hoffnung darauf nehmen, daß sich der Besuch in irgendeiner Art lohnt. Sie werden in meinem sogenannten Atelier nichts Sehenswertes finden, als höchstens die Aussicht auf einen Wald von Schornsteinen."

Georg Brandt lachte — und es klang wie befreit, dieses Lachen.

„Ich werde es darauf ankommen lassen — wenn ich von Ihrer gütigen Erlaubnis Gebrauch machen darf."

11. Kapitel.

Mit dem Vorsatz, ihr nichts als mütterliche Freundlichkeit zu zeigen, öffnete Frau Maria Torildson die Tür, die in das Zimmer ihrer Tochter führte. Signe saß am Tisch und war so in ihre Beschäftigung vertieft, daß sie das durch Frau Marias Eintritt verursachte Geräusch ganz überhörte. Vor ihr lag ein entfaltetes Zeitungsblatt, und sie war augenscheinlich bemüht, mit Hilfe eines Wörterbuches, das sie beständig zu Rate ziehen mußte, etwas daraus zu übersetzen. So groß war ihr Eifer, daß ihre Wangen in heißer Röte brannten und daß sie heftig erschrocken zusammenfuhr, als sie sich von der Mutter angeredet hörte.

„Was treibst du denn da, Signe? Und wie kommst du zu einer Stockholmer Zeitung?"

Die erste Bestürzung der Ertappten hatte ersichtlich rasch einer Aufwallung trotziger Entschlossenheit Platz gemacht. Sie bemühte sich nicht, das Corpus delicti zu verstecken, und ohne vor Frau Marias fragendem Blick die Augen niederzuschlagen, erwiderte sie: „Herr Bruck hatte die Freundlichkeit, sie mir zu schicken."

„Und was steht so Interessantes darin, daß du dich mit hoffnungslosen Uebersetzungsversuchen abmühst?"

„Es — es ist ein Aufsatz über das Schauspiel des Herrn Holt."

„Wie merkwürdig! Während der letzten vierzehn Tage schienst du doch für Herrn Holt nicht mehr das geringste Interesse zu haben. Warum bist du übrigens nicht zu mir gekommen und hast mich gebeten, dir die Rezension vorzulesen? Hat Bruck sie dir aus eigenem Antrieb geschickt?"

„Nein. Ich hatte ihn bei seinem letzten Besuch gebeten, sie mir zu besorgen."

„Und das alles hinter meinem Rücken? Mir scheint, du hast neuerdings recht viel Heimlichkeiten mit diesem liebenswürdigen Herrn Bruck."

„Meine Heimlichkeiten sind auch nicht von der Art, daß du mir darum zürnen dürftest, Mama."

„Nun, um so besser. Aber ich hätte sie doch gern erfahren. Soll ich raten?"

In zagendem Erstaunen sah Signe auf.

„Willst du mir nicht erlauben, wenigstens dies eine für mich zu behalten, liebe Mama?"

„Und wenn mir das große Geheimnis nun schon von anderer Seite verraten worden wäre?"

„Von anderer Seite? Doch nicht von Herrn Bruck?"

„Nicht gerade von ihm, aber von jemandem, dem er sich offenbart hat. Und außerdem, meine liebe Signe, bin ich doch nicht blind. Der junge Herr hatte während der letzten Wochen so merkwürdig oft in Berlin zu tun. Und er hat sich schließlich kaum noch bemüht, zu verbergen, daß seine Besuche viel weniger mir als dir zugedacht waren."

„Ja — das waren sie wohl in der Tat."

„Und natürlich mit deinem Einverständnis?"

„Ja, mit meinem Einverständnis, Mama!"

„Nun, das ist wenigstens offenherzig. Er gefällt dir also wirklich? Und Ihr seid vielleicht gar schon einig miteinander?"

„Ich verstehe nicht, Mama — worüber sollten denn Herr Bruck und ich miteinander einig sein?"

Diese Naivität, ob sie nun echt oder erheuchelt sein mochte, reizte Frau Marias leicht geweckte Ungeduld.

„Er hat dich also noch nicht gefragt, ob du seine Frau werden möchtest?"

Signe wurde leichenblaß.

„Seine Frau? — Ich? — O, was für ein Gedanke ist das, Mama?"

„Ein sehr naheliegender, wie ich denke. Ihr werdet bei Euren häufigen Unterhaltungen doch wohl zuweilen auch von anderen Dingen gesprochen haben als von Herrn Holt und seinem Theaterstück."

„Ja. Aber von — von diesem Unmöglichen haben wir nie gesprochen."

„Weshalb unmöglich? Daß seine Absichten sehr ernsthaft sind, weiß ich aus bester Quelle. Und ich will nicht hoffen, daß du ein kokettes Spiel treiben wolltest, als du ihn so augenfällig ermutigtest. Es fehlte nur noch, daß ich dich auch von dieser Seite kennen lernen müßte."

Signes Augen standen voll Tränen; aber sie zwang sich, nicht zu weinen.

„Es ist mein Schicksal, daß du mir ohne weiteres alles Schlechte zutraust, Mama. Und ich weiß nicht mehr, was ich tun soll, um — —"

Mit unmutiger Schärfe fiel die Mutter ihr ins Wort: „Was du tun sollst? Das ist sehr einfach. Du sollst endlich aufhören, mir gegenüber die Verschlossene und Verstockte zu spielen. Rechtfertige dich doch, wenn du kannst. Sage mir doch, was für Heimlichkeiten du mit diesem Herrn Bruck hattest, wenn es nicht die Heimlichkeiten eines hinter meinem Rücken angesponnenen Liebesverhältnisses waren?"

„Ich fürchte, Mama, du wirst noch zorniger auf mich sein, wenn ich es dir sage."

„Nein, die Furcht vor meinem Zorn scheint doch deine Handlungen nicht allzu sehr zu beeinflussen. Und was er getan hat, soll ein ehrlicher Mensch auch verantworten können."

„Verantworten — o ja, das kann ich wohl. Denn ich halte es nicht für ein Unrecht, daß ich endlich etwas Gewisses über meinen Vater erfahren wollte."

Die höchste Ueberraschung spiegelte sich in Maria Torildsons Zügen.

„Ueber deinen Vater? Ueber ihn hast du mit Bruck gesprochen? Und er sollte dir Gewisses von ihm erzählen? Ja, bist du denn noch bei gesundem Verstande, Signe?"

„Ich konnte doch von keinem Menschen etwas über meinen armen Vater erfahren. Dich durfte ich seit Jahren nicht einmal mehr nach ihm fragen."

Fortsetzung folgt.